

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftlich u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingstr. 16. Ruf 14574 u. 21 296.  
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
68 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.  
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 16

Dresden, Mittwoch, 20. Januar

1932

## Die neue Butterzollregelung.

Berlin, 19. Januar.  
Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 RM. auf 100 RM. für den Doppelzentner erhöht. Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gefallen ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. d. M. ein Zuschlag von 15 Proz. des Wertes der Butter oder von 36 RM. je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zuschlags zugrunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Einsetzen der Währungen unter die Goldparität auf 240 RM. je Doppelzentner angesetzt worden. Der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, wurde auf 170 RM. je Doppelzentner festgesetzt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch, Vollfettsmilch wurde auf 17 RM. je Doppelzentner erhöht.

Zur Begründung der Maßnahme wird offiziell angeführt:

Der wichtigste Zweig der bäuerlichen Produktionswirtschaft, die deutsche Milchwirtschaft, fand in den letzten Wochen in zunehmendem Maße unter dem unerschütterlichen Druck des wüsten Zusammenbruchs am internationalen Buttermarkt. Dieser wurde, abgesehen von der sich in den letzten Jahren häufig heftigsten Buttererzeugung in der Welt, vor allem verursacht durch die Entwertung verschiedener maßgeblicher Währungen und die sich mehr und mehr verringernde Kaufkraftfähigkeit des englischen Buttermarktes. In ununterbrochener Folge sanken aus diesen Gründen die

für den Weltbuttermarkt entscheidenden Preise in Kopenhagen seit Mitte September 1931 von 118 Reichsmark je Zentner auf gegenwärtig 75 RM. je Zentner, d. h. um 43 RM. je Zentner ab.

Bei der bisherigen Abhängigkeit des deutschen Buttermarktes vom Weltbuttermarkt drohte sich dieser Preissturz in vollem Umfange auch auf die deutschen Butterpreise zu übertragen. Unter diesen Umständen wurden die Verhältnisse für die deutsche Milchwirtschaft, die mit einem Produktionswert von rund 4 Milliarden RM. in normalen Zeiten neben der Fleischherzeugung mit an der Spitze aller Produktionszweige stand, völlig unerträglich. Die Berliner Butternotierung ging auf 97 RM. je Zentner oder bei einem Friedenspreis von 131 RM. je Zentner im Januar 1913 auf 74 Prozent des Friedenspreises zurück. Demgegenüber belaufen sich die Produktionskosten der Landwirtschaft auf etwa 120 Prozent des Friedenspreises. Die sich aus dieser Situation für die Milchwirtschaft ergebenden Verluste mußten täglich auf Millionen über jährlich auf Milliarden Verlust veranschlagt werden. Angesichts der verwerflichen Lage der bäuerlichen Betriebe und im Hinblick auf die Unmöglichkeit, durch staatliche Maßnahmen zum Ausgleich eine angemessene Gestaltung der Milchpreise herbeizuführen, da deren Zielstand fast ausschließlich eine Folge der durch starken Import aus Futtergetreide und Rohstoffmangelprodukten der letzten Jahre überhöhten Milchpreise ist, gab es für die Reichsregierung unter sorgfältiger Abwägung und Berücksichtigung der deutschen Ausfuhrinteressen keine andere Möglichkeit, die deutsche Landwirtschaft und damit den wichtigsten Faktor des deutschen Binnenmarktes vor der Vernichtung zu bewahren, als die Milch- und Buttererzeugung gegen die verheerenden Auswirkungen der internationalen Butterpreise zu schützen.

## Die Deutsche Staatspartei und die kommenden Entscheidungen.

Frankfurt a. D., 19. Januar.  
Auf einer Tagung der Deutschen Staatspartei des Wahlkreises Frankfurt/Oder-Grünau-Brandenburg in Frankfurt/Oder erklärte Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer u. a.:

Die großen innerpolitischen Entscheidungen der kommenden Monate, die Neuwahl des Reichspräsidenten und des Preussischen Landtages erfordern dringend eine wesentlich eindeutigere und klarere Linie der Reichsregierung und eine bessere Übereinstimmung zwischen ihr und der preussischen Staatsregierung, als wir sie zurzeit sehen. Die kommende Auseinandersetzung kann nur mit klaren Fronten zum Erfolg geführt werden.

Die Deutsche Staatspartei ist sich dessen vollkommen bewußt. Sie wird den Kampf nicht in der Verteidigungsstellung zu führen haben, sondern sie wird ein positives Ziel zeigen. Dieses Ziel sehe ich in dem Bekenntnis zu unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, unter der Deutschland groß geworden ist und unter der allein wir die Kraft zur Überwindung der gegenwärtigen schweren Not finden werden. Dem kollektivistischen Glauben an die Diktatur des Staates und der Gesellschaft über den einzelnen wie wir ihn rechts und links finden, müssen wir den unerschütterlichen Glauben an die entscheidende Bedeutung der Persönlichkeit entgegenstellen. Wir verfolgen damit konsequent die politische Linie unseres Führers Dietrich,

dessen ganze politische Arbeit darauf hinausgeht, eine möglichst breite Schicht selbständiger, auf eigene Verantwortung gestellter Menschen und einen starken Mittelstand zu schaffen.

Für die Reichspräsidentenwahl ist für uns Hindenburg der einzig gegebene Kandidat, und wir werden alles tun, um ihm eine möglichst breite vaterländische Plattform für seine Neuwahl zu verschaffen.

Der Kampf geht nicht um die Republik als Form, sondern um ihren Inhalt. Wir werden diesen Kampf mit aller Energie im Sinne unseres freisinnigen Ideals führen, und wir werden uns selbstverständlich in diesem Kampf nicht mit denjenigen veremiseln, die da glauben, sie könnten den Kampf für die deutsche Republik so führen, daß sie Sturm laufen gegen unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Wenn ein sozialdemokratischer Regierungsrat kürzlich in einer gegen den Nationalsozialismus gerichteten Versammlung in Berlin gesagt hat, das Proletariat werde über das herabende Bürgertum hinwegschreiten, so steht die Deutsche Staatspartei in einer solchen Äußerung nur Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten und rückt hiermit mit aller Eindeutigkeit und Klarheit ab.

Im Anschluß wies der Landtagsabgeordnete Kiedel u. a. darauf hin, daß der Ausschall der Reichspräsidentenwahl ebenfalls für die kommenden Preussischen Wahlen von ausschlaggebender Bedeutung sei. Es gelte jetzt klare Fronten zu schaffen.

## Staatssekretär Junke über die innerpolitische Lage.

München, 19. Januar.  
Staatssekretär Junke, der Leiter der Abteilung Arbeit im Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit sprach in Regensburg in einer Jugendversammlung der Bayerischen Volkspartei. Der Münchener Volkswirt erklärte er u. a.: Geradezu lächerlich sei die Angstschloße, die sich in weiten Kreisen, teilweise auch in der Be-

amenschaft, im Hinblick auf die angeblich bald bevorstehende Nachübernahme durch die Nationalsozialisten breit mache. Es sei eine künstliche Panik wie vor der Materrevolution erzeugt worden. Aber die Staatsgewalt sei fast genug, um jeden Vorfahrversuch sofort niederschlagen zu können. Die bayerische Regierung werde auf keinen Fall einen November 1928 bilden. Die Polizei- und Militärmacht sei zuverläßig und tren-

## Die Preisföschung.

### Senkung des Bierpreises.

Berlin, 19. Januar.  
Die Wolffs Büro erzählt, hat der Preis-Kommissionär auf Grund seiner Verhandlungen mit den Brauereien angeordnet, daß der Bierpreis ab 1. Februar um 2 M. je Hektoliter Vollbier gesenkt wird, also von 49,85 auf 47,85 M. Der Ausschankpreis soll eine entsprechende Senkung erfahren.

### 10 prozentige Preisföschung in der Seifenindustrie.

Berlin, 19. Januar.  
Der Reichskommissionär für Preisüberwachung verhandelte heute mit der Seifenindustrie. Sie hat für die wichtigsten Sorten ihre Preise gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 auch bei den nicht preisgebundenen Waren im Durchschnitt um mindestens 10 Proz. gesenkt. Soweit eine solche Preisföschung bisher nicht vorgenommen wurde, ist sie, abgesehen von Schmierseife, im Laufe des Monats Januar durchzuführen.

### Keine Verhandlungen über Senkung der Telefongebühren.

Berlin, 19. Januar.  
Die von einem Teil der Presse getragene Meldung, daß zwischen dem Reichspostministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit dem Ziel einer Senkung der Telefongebühren im Gange seien, sind, wie Wolffs Büro vom Reichspostministerium erzählt, unzutreffend.

### Reichsfinanzminister Dietrich vor dem Haushaltsausschuß.

Berlin, 19. Januar.  
Im Haushaltsausschuß des Reichstages griff Reichsfinanzminister Dietrich in die Debatte ein und erklärte, daß man das Problem der Banken nicht erörtern könne, ohne auf die Grundursache ihrer Krankheit einzugehen, nämlich auf die Gesamtfrage der Wirtschaft. Aber all diese Dinge lasse sich jedoch nur veritabel in einem kleinen Gremium sprechen, zumal da keine Partei ein Interesse daran habe, daß die Öffentlichkeit davon Kenntnis erhalte, was bei den einzelnen Instituten, den Bankstellen, den gewerblichen Genossenschaften, Banken usw. geschehen sei. Mit einer neuen Zusammenlegung, etwa der Commerz- und Privatbank mit der Danatbank oder anderer Institute allein, sei nicht geholfen. Ein neuer Personalabbau, ähnlich wie seinerzeit bei der Fusion der Deutschen Bank mit der Diskontogesellschaft würde die unermessliche Folge sein. Auch würde sich die Frage ergeben, ob nicht die Dresdner Bank, wenn sie für sich bliebe, in Zukunft durch die Konzentration solcher Bankkonzentrationen wie der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft und der Commerz- und Privat- und der Danatbank mit ihren ungeheuren Filialnetzen nicht Schaden leiden könnte.

Eine weitere Frage sei die, wie die vom Reich gegebenen Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab sollen die der Dresdner Bank zugeführten Schatzanweisungen monatlich mit 12 Mill. M. abgedeckt werden. Im übrigen werden bei der Reichsregierung im Augenblick Gedanken erdetet, die etwas vollkommen Neues darstellen. Die Dinge seien bereits in ein Stadium gekommen, das in den nächsten Tagen oder Wochen unter allen Umständen eine Entscheidung erzwinge.

Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Tendenz innerhalb der Regierung dahin zusammenzufassen sei: Es solle der Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abgebaut werden. Der Minister wäre dankbar, wenn sich der Haushaltsausschuß in demselben prinzipiellen Sinne äußern würde.

### Das Kraftfahrzeuggewerbe beim Preis-Kommissionär.

Leipzig, 19. Januar.  
Wie vom Reichsverband für das Deutsche Kraftfahrzeuggewerbe, e. V., Leipzig, mitgeteilt wird, verhandeln die Vertreter des Verbandes am Dienstag unter Führung des Präsidenten Max Schneider, Leipzig, in Berlin mit dem Preis-Kommissionär über die Kraftfahrzeugtarife. In dieser Mitteilung wird von der Verbandsleitung u. a. ausgeführt:

Das deutsche Kraftfahrzeuggewerbe ist Preisföschungsmahnahmen insofern bereits vorausgegangen, als die heutigen Tarife durchweg weit unter dem Stand des Stichtags von 1927 liegen, ja in der Regel durch wiederholte Tarifieränderungen in den letzten Jahren bereits unter das Kriegsniveau gesenkt sind. Die Geföschungslosten sind im Gegenstoß dazu beträchtlich gestiegen. Der Beschäftigungsgrad geht dauernd zurück. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben besonders gelehrt, daß die bereits wiederholt vorgenommenen Tarifieränderungen niemals Behebungen bzw. neue Fahrgäste mitgebracht haben, so daß auch durch eine neuerliche Tarifieränderung eine stärkere Frequenz ausgeschlossen erscheint. Die anerkannte Not und der wirtschaftliche Zusammenbruch des Kraftfahrzeuggewerbes sind zurückzuführen auf die unermesslichen steuerlichen Belastungen (Kraftfahrzeugsteuer und Zoll- und Betriebsstoffgaben) sowie auf die übermäßigen Zulassungen, die den tatsächlichen Bedürfnissen in keiner Weise Rechnung tragen. Eine Senkung der Tarife ohne vorherige Steuererleichterungen und Einföschungsmahnahmen muß das gesamte deutsche Kraftfahrzeuggewerbe zwangsläufig vollends vernichten.

### Der Geschäftsbericht der Hindenburg-Spende.

Berlin, 19. Januar.  
Unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg trat heute das Kuratorium der 1927 von ihm gegründeten Stiftung Hindenburg-Spende zusammen. Den Geschäftsbericht erstattete der ehrenamtliche Geschäftsführer Ministerialrat Dr. Kuffelt. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß die Stiftung bisher insgesamt nahezu 5 Mill. Reichsmark in rund 27 000 Einzelfällen vorzugsweise an Kriegesbeschädigte, Kriegesinterbenedene und Veteranen veranklagt hat. Im Jahre 1931 wurden 999 000 RM. an Unterstützungen ausbezahlt. Die Unkosten haben regelmäßig 10 000 RM. im Jahre nicht überstiegen.

Die Zunahme der Wohlfahrtsverbände in Preußen. Die Zahl der von den Gemeinden bezuhten Wohlfahrtsverbände ist im Dezember weiter sehr erheblich gestiegen. Nach der Erhebung des preussischen Statistischen Landesamts vom 31. Dezember sind in Preußen 112 844 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsverbände gezählt worden gegenüber 999 565 am Ende des Monats, so daß sich im Dezember eine Zunahme um 113 259 ergibt.